

POLITIK kompakt

Habeck hält an Schwarz-Grün fest

BERLIN Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck hält an der Option einer schwarz-grünen Koalition nach der Bundestagswahl fest – unter bestimmten Voraussetzungen. „Nicht zu den Bedingungen, eine Erpressungssituation mit der AfD zu schaffen“, sagte er im „0630 – Der Newscast“ des WDR. „Das muss zurückgenommen werden, zurück auf Los. Wir dürfen nicht einen Wortbruch zur Grundlage von Verabredungen machen.“ Generell kann sich Habeck aber weiterhin ein Bündnis mit CDU/CSU vorstellen. Die Union sei ja größer als CDU-Chef Friedrich Merz und die Leute um ihn herum, sagte Habeck demnach. Von Merz fordert er aber das Eingeständnis, dass sein gemeinsames Stimmen mit der AfD im Bundestag ein Fehler war. „Das ist schwer als öffentliche Figur, als Politiker, aber es ist möglich“, so Habeck.

Boris Rhein kritisiert die Kirchen

WIESBADEN Hessens Ministerpräsident Boris Rhein hat mit Unverständnis auf die Kritik der Kirchen am Vorstoß der Union bei der Flüchtlingspolitik im Bundestag reagiert. Als praktizierender Katholik, der gerne in seiner Gemeinde sei, sehe er, dass die „intern offenbar nicht abgestimmte Kritik“ sehr viele Gläubige verunsichert und verärgert habe, sagte der hessische CDU-Chef der „FAZ“. „Ich kann nicht verstehen, warum sich die Kirchen überhaupt gegen die letzte verbliebene, sich klar zum Christentum bekennende politische Kraft aussprechen.“ Die Berliner Büros der beiden Kirchen hatten die Vorschläge der Union verurteilt und als teils rechts- und verfassungswidrig bezeichnet.

Mitglieder-Rekord bei Bayerns Linker

BERLIN Die Linke meldet mehr als 11.000 Neueintritte in den vergangenen zwei Wochen. Montag früh habe die Partei 71.277 Mitglieder gezählt, so viele wie zuletzt 2010, sagte ein Parteisprecher. Beim Parteitag am 18. Januar seien es noch rund 60.060 gewesen. „Es ist unglaublich, was die Klärung unserer Positionen und eine klare Fokussierung für eine Energie freisetzt“, sagte Parteichefin Ines Schwerdtner. In Bayern erreicht die Linke aktuell einen Rekordwert mit erstmals mehr als 4000 Mitgliedern, wie sie unlängst benannt gab.

Zwei-Millionen-Spende für die AfD

BERLIN Die AfD hat der Bundestagsverwaltung eine neue Parteispende von rund 2,35 Millionen Euro gemeldet. Als Spender wird auf der Webseite des Bundestags der Ex-FPÖ-Funktionär Gerhard Dingler aus Österreich geführt. Die AfD bestätigte die Meldung an den Bundestag, wollte sich aber zu der Spende nicht weiter äußern. WDR und NDR hatten berichtet, die AfD erhalte damit die dritte Großspende innerhalb weniger Tage. Es handele sich um eine Sachspende: 6395 Plakate sollten deutschlandweit aufgehängt werden und unabhängig von der offiziellen Wahlkampagne für die AfD werben.

Immer mehr Rentner sind armutsgefährdet

Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland, die als armutsgefährdet gelten, ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen.

Nach Daten des Statistischen Bundesamtes kletterte die Quote bei den ab 65-Jährigen im Vergleich zu 2023 von 18,4 Prozent auf 19,6 Prozent und damit auf einen neuen Rekordwert, wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) unter Verweis auf eine Anfrage der Bundestagsgruppe des BSW berichtete.

Der Anstieg um 1,2 Prozentpunkte bedeutet demnach in absoluten Zahlen eine Zunahme um rund 300.000 Menschen auf 3,54 Millionen. Die Steigerung bei den Rentnerinnen und Rentnern sei stärker als in der Gesamtbevölkerung, hieß es weiter.

Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 Prozent



Eine ältere Frau sucht in einem Müll-eimer nach Leergut. Foto: dpa

des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. 2024 lag dieser Schwellenwert laut Statistikamt für einen Alleinlebenden in Deutschland bei 1378 Euro netto im Monat, für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren betrug er 2893 Euro.

BSW-Chefin Sahra Wagenknecht sagte dem RND, die Rente in Deutschland sei ein „Megaproblem“ und sprach von einer beschämenden Rentenbilanz der SPD.

Wagenknecht forderte ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, in das auch Beamte und Selbstständige einzahlen.

Wenn der Partner politisch anders tickt

Die Wahl birgt auch in Beziehungen Stoff für Diskussionen. Wie ein Gespräch darüber funktionieren kann – und was solch ein Streit aussagt

Wenn es um Politik geht, wirken die Fronten in der Gesellschaft immer verhärteter. Entweder Schwarz oder Weiß – dazwischen scheint es oft nichts mehr zu geben. Diese Konflikte können nicht nur mit flüchtig Bekannten oder am Stammtisch für Zündstoff sorgen, sondern auch in den heimischen vier Wänden: nämlich in der Partnerschaft.

Wie geht man damit um, wenn einer AfD wählt, der andere die Grünen? Wie viel Unterschiede bei der Meinung über Klima, Migration oder Steuern hält die Liebe aus?

Eine repräsentative Umfrage der Dating-App Parship und des Marktforschungsinstituts InnoFact hat kürzlich ergeben, dass die politische Einstellung bei Singles tatsächlich ein Kriterium beim Dating ist. Demnach lehnten 44 Prozent eine Beziehung zu einem AfD-Wähler oder einer AfD-Wählerin ab.

Wer das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) unterstützt, wird demnach von jedem Fünften als potenzieller Partner aussortiert. 19 Prozent der Befragten wollten keine Beziehung mit Wählern der Grünen. Und wer die Union oder FDP wählt, wird laut Umfrage von zwölf Prozent beziehungsweise zehn Prozent gemieden.

”

Manchmal sind das Stellvertreter-Gefechte

“

Bei vielen geht es aber auch toleranter zu: Rund zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) gaben an, über unterschiedliche politische Einstellungen hinwegsehen zu können – wenn sonst alles passt.

Auch Elite-Partner hat zu dem Thema eine Umfrage durchführen lassen. Demnach wäre es für 14 Prozent ein Trennungsgrund, wenn die Partnerin oder der Partner plötzlich eine Partei wählt, die man selbst strikt ablehnt.

Die Paar- und Sexualtherapeutin sowie Autorin („Versteckte Köder“), Heike Melzer aus München, gibt ihre Einschätzung dazu ab: „Politik, Glauben, Geld sind heikle Themen.“ Auch in einer Beziehung. Trotzdem sagt sie der AZ: „Wenn das ein Trennungsgrund ist, steht die Partnerschaft vielleicht nicht auf stabilen Beinen.“

Denn aus ihrer Sicht sei Politik nur eine von vielen Facetten im Alltag einer Partnerschaft. „Wahrgenommene Ähnlichkeit ist sicherlich ein Magnet für Paare: Du denkst wie ich, du hast einen ähnlichen sozialen



Ein Paar diskutiert. Heike Melzer empfiehlt, dem Thema Politik eine fest begrenzte Zeit einzuräumen. imago

Hintergrund.“ Aber selbst wenn man bei 80 Prozent übereinstimmt, blieben immer noch 20 Prozent übrig. „Und das ist auch gut so, weil wir nicht den eineiigen Zwilling heiraten.“

Und: „Wenn alles andere stimmt und man ein tolles Alltagspaar ist, kann man doch tolerieren, dass der andere nicht identisch mit einem ist.“

Aus ihrer langjährigen Erfahrung heraus sagt sie: „Manchmal sind das auch Stellvertreter-Gefechte, wenn es etwa in der Sexualität nicht mehr läuft, die Liebe abhandengekommen ist oder die Kinder einen überfordern“ – dann werde die Krise etwa über Politik ausgetragen. Die Paartherapeutin ist grundsätzlich der Ansicht: Man sollte unterschiedliche Standpunkte zulassen und aushalten können. „Ich denke nicht, dass es ein Grundrecht in Langzeitbeziehungen ist, dass beide immer das Kreuzchen an der gleichen Stelle setzen.“

Man sollte den anderen zudem nicht verurteilen, sondern



Heike Melzer aus München. privat

hinhören: Warum ist er dieser Meinung? Jeder guckt aus seiner Perspektive und hat gute Gründe, warum er bestimmte Dinge wählt“, sagt die Paartherapeutin.

Ihr Tipp: aktiv zuhören und versuchen, die Position des anderen nochmal in eigenen Worten zu wiederholen und zu spüren, welches Grundgefühl dahintersteckt. Zum Beispiel: Angst, Ungerechtigkeit, Sorge. Man könne auch nachfragen, ob man es richtig verstanden habe – diese explizite Nachfrage vermittelt dem Gegenüber das Gefühl, verstanden zu werden.

Um Endlos-Diskussionen zu vermeiden, empfiehlt sie ein strukturiertes Gespräch. Denn: „Gute Diskussionen haben einen Anfang und ein Ende.“ Nimmt man sich schwierige Themen wie in diesem Fall politische Einstellungen vor, sollte man nicht erst um 23.30 Uhr damit beginnen. Sondern sich zum Beispiel bewusst an einem Samstag dafür eine halbe Stunde Zeit nehmen.

Diese könne man so unterteilen: Zunächst spricht der eine Partner zehn Minuten. Der andere hört bewusst zu, dann kommt er selbst zehn Minuten dran. Im Anschluss diskutiere man nochmal zehn Minuten darüber – und dann wird das Thema beendet und man unternimmt etwas Schönes miteinander. Das hat folgenden positiven Effekt: „Es vergiftet nicht die gesamte Zeit, sondern man begrenzt es.“

Man sollte dabei nicht versuchen, den anderen mit seiner Meinung zu überzeugen, und ihn auch nicht bewerten. Man könne zum Beispiel sagen: „Interessant. Wir werden sehen, wie sich das entwickeln wird.“ In vier Jahren könne man gemeinsam Rückschau halten, „wer aufs richtige Pferd gesetzt hat“ – salopp gesagt. Den anderen unter Druck zu setzen, bringt Melzer zufolge nichts. „Druck erzeugt Gegendruck. Dann geht der andere sofort in die Verteidigung.“

Wenn man nicht weiterkommt, kann man ein Thema auch mal „parken“ und auf einen anderen Tag schieben. Aktuell entwickelten sich ohnehin immer wieder neue Aspekte.

Grundsätzlich sagt Melzer, dass „ich-stabile Menschen“ Unterschiede besser aushalten könnten. Sie meint damit integre, in sich gefestigte Menschen. „Weniger ich-stabile Menschen haben mit Differenzen stärkere Probleme, weil sie sich persönlich angegriffen fühlen.“ Respekt heiße aber eben auch, den anderen in seiner Unterschiedlichkeit zu akzeptieren.

„Es ist eher ein Zeichen von Schwäche, wenn man deswegen Beziehungen innerhalb eines Familiensystems aufkündigt“, findet Melzer. Sie selbst sagt über sich: „Wenn einer in meiner Familie eine für mich unakzeptable Partei wählt, wäre er trotzdem noch mein Bruder, meine Mutter, Neffe oder wer auch immer.“ Ihr zufolge sollte man die politische Einstellung in einer Beziehung nicht über alles stellen. Vielmehr seien Liebe, Respekt, Toleranz und Dankbarkeit gute Zutaten für eine Beziehung.

Rosemarie Vielreicher



SKURRILE UMFRAGE

Welche Politiker sexy wirken

Bis dato ist das wohl die skurrilste Umfrage, die zur anstehenden Bundestagswahl durchgeführt worden ist: Mit welchem Spitzenkandidaten würden die Deutschen am ehesten ins Bett gehen?

Die Datingseite der „Hamburger Morgenpost“ hat diese Frage gestellt.

Zum Hintergrund: Schon 2018 fanden Forscher der Heinrich-Heine-Universität

Düsseldorf heraus, dass physische Attraktivität nach Bekanntheit die zweitwichtigste Eigenschaft von Politikern ist, wenn es um den Einfluss auf Erst- und Zweitstimmen bei Bundestagswahlen geht.

Das aktuelle Ergebnis: Sahra Wagenknecht landet auf Platz 1 (21 Prozent). Bei den männlichen Kandidaten sprechen sich die meisten für Christian Lindner aus (13,9 Prozent).